



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/VIII/242 - 17.10.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Rund um die Kabinettsbildung	S. 1
Die Exilpolen und Adenauers "Kondominiums"-Pläne	S. 2
Bleibt Auriol Staatspräsident ?	S. 3
Zur Verwaltungsreform in NRW	S. 4

## Die Drohung des Sicherheitsbeauftragten

-us. Die Kabinettsbildung dieser Wochen muß als ein politischer Kuhhandel schlimmster Art bezeichnet werden. Von den Briefen und Telegrammen, die einzelne Ministerkandidaten bestellten, bis zu den Methoden des catch as catch can haben die neuen Koalitionspartner der Öffentlichkeit ein trauriges Schauspiel geboten. Damit die Tragikomödie überhaupt beendet werden konnte, mußte ohne Rücksicht auf die finanziellen Belästigungen und auf die Notwendigkeit einer Rationalisierung der Regierungsarbeit der Posten des Ministers z.b.V. geschaffen werden. Es gab anscheinend für den Bundeskanzler keinen anderen Weg, um mit dem Sturm auf die Ministersessel fertig zu werden. Daß dabei nicht immer politische Erwägungen ausschlaggebend waren, kommt in den Personen, die nun im Kabinettt sind und den anderen, die erst einmal draußen bleiben müssen, sehr deutlich zum Ausdruck.

Einer der Gefallenen scheint auch der CDU-Abgeordnete und Sicherheitsbeauftragte Blank zu sein. Er wurde nicht nur von dem neuen Bundesminister für Sonderaufgaben, Strauss, sondern auch noch von dem künftigen Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Kommentator der Nürnberger Gesetze, Globke, überrundet. Selbst ein Seebohm war erfolgreicher als Blank, der nun verärgert dem Bundeskanzler mitgeteilt hat, daß auch er Minister werden möchte. Für den Fall der Nichterfüllung dieses Wunsches hat er sogar mit seinem Rücktritt als Leiter der dem Bundeskanzleramt

und dessen Staatssekretär unterstehenden "Dienststelle für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen" angeordnet.

Nun, wir sind die letzten, die das Gewicht solcher im Bonner Regierungslager zur Courtoisie gehörenden Drohungen überschätzen, und vielleicht wird für Blank sogar noch ein Pöstchen im Kabinett geschaffen, aber Blanks Brief ist als Dokument der Geschichte des EWG-Vertrages doch recht interessant. Der Mann, der an diesem Vertrag großen Anteil hat, nicht müde wurde, sein baldiges Inkrafttreten immer wieder zu prophezeien und in seiner Dienststelle vom inneren Gefüge bis zu den Kochgeschirren die neuen EWG-Divisionen vorbereitete, sieht sich vor der Gefahr, ein Opfer dieses Vertrages zu werden. Da der Vertrag schlecht ist, der Bundesrepublik keine Sicherheit gibt, der Wiedervereinigung keine Chance läßt, mit der Verfassung nicht im Einklang steht und auch in den anderen Unterzeichnerstaaten als schlechter Vertrag gewertet wird, trat er bis heute nicht in Kraft. Es ist auch gar nicht abzusehen, ob und wann die Ratifizierung erfolgen wird.

Die selbstverständliche Folge ist, daß ein Verteidigungsminister gegenwärtig nicht denkbar ist. Blank hat seine Dispositionen aber zu sehr auf dieses Ziel abgestellt, für diesen Irrtum läuft er Gefahr, nur auf der Strecke zu bleiben.

+ + +

#### Adenauers "Kondominium" macht Schule

pt. Der Bundeskanzler hat einen geradezu sensationellen "Erfolg" mit seiner Erfindung eines polnisch-deutschen Kondominiums für die Gebiete östlich der Oder-Weiße-Grenze erzielt. Das dem früheren polnischen Ministerpräsidenten Mikolaczyk nahestehende exilpolnische Blatt "Neradowiec" beruft sich auf die "historische Tatsache", daß die ganze Mark mit der Stadt Brandenburg als Hauptstadt einst "polnisches Gebiet" gewesen sein soll und fordert nicht weniger, als daß "zum mindesten" der Landstreifen von Berlin zur Oder unter polnisch-deutsche Gemeinschaftsverwaltung gestellt wird bis auf die Lausitz südlich von Berlin. Diese Lausitz ist nämlich "wendisches Gebiet" und müßte das Recht erhalten, wie das Saargebiet, ein "selbständiger Staat" zu werden - mit dem Recht, sich dem freien Polen anzuschließen.

Diese Forderungen wären lächerlich, wenn sie nicht als Hintergrund die ostpolitischen Fantasien eines Adenauer hätten. Mikolaczyk ist kein Irgendwer, sondern war im Weltkrieg der Vertrauensmann Roosevelts und Churchills für die polnische Frage. Man hat diese polnische "Ostregelung" ins Englische übertragen und einer Reihe von englischen und amerikanischen Politikern übersandt. In den Rundfunkstationen und Ostbüros der NATO-Mächte sind eine ganze Reihe von Polen tätig, die eifrig diese Ansichten propagieren, freundlich und nett als "Weiterentwicklung der Adenauerschen Anregungen".

+ + +

Wer wird Frankreichs Staatsoberhaupt ?

G.Sch.-Paris, Mitte Oktober

Die bevorstehende Präsidentenwahl rückt jetzt in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses und wird zu einem neuen Tauziehen zwischen Links und Rechts. In Frankreich wird der Präsident der Republik nicht durch Volksabstimmung, sondern durch die beiden gemeinsam versammelten Volksvertretungen, Kammer und Senat, gewählt. Sonderbarerweise hat die gegenwärtige Verfassung nicht bestimmt, wie diese Wahl vor sich gehen soll, das Parlament hatte aber 1947 beschlossen, daß, ebenso wie in der Dritten Republik, auch in der Vierten die absolute Mehrheit notwendig sei.

Der Sozialist Auriol konnte damals auch tatsächlich gleich bei der ersten Abstimmung diese absolute Mehrheit erzielen. Auriol ist jetzt seines Amtes müde und will nicht mehr kandidieren. Die bürgerlichen Parteien sind aber mit ihren verschiedenen Kandidaten derart zersplittert, daß es zweifelhaft scheint, daß einer von ihnen die absolute Mehrheit erreicht. Man denkt deshalb daran, es bei der relativen Mehrheit bewenden zu lassen, was aber die Autorität des künftigen Präsidenten stark herabsetzen müßte.

Mindestens 472 Stimmen muß der Kandidat erhalten, um mit absoluter Mehrheit gewählt zu werden. Die Sozialisten und Linksrepublikaner verfügen über 332 Abgeordnete und Senatoren, denen 382 gemäßigte, rechtsgerichtete Bürgerliche und Gaullisten gegenüberstehen. Dazu kommen 143 Volksrepublikaner (Christlichsoziale) und Unabhängige. Gewählt werden könnte also entweder ein Linksrepublikaner mit Hilfe der Sozialisten und eines Teiles der Volksrepublikaner - gegen die bürgerliche Rechte und gegen die Gaullisten, oder ein gemäßigter Bürgerlicher mit den Stimmen eines anderen Teiles der Volksrepublikaner und eines Teiles der Gaullisten - also gegen die Stimmen der Linken.

Von der bürgerlichen Linken werden der ehemalige Ministerpräsident Queuille und René Pleven genannt. Herriot, der populäre Vorsitzende des Parlaments, wird nicht kandidieren. Von der gemäßigten Rechten wird selbstverständlich Pinay angekündigt, aber auch der gegenwärtige Ministerpräsident Laniel und der Außenminister Bidault. Die

Unabhängigen, Agrarier und Volksrepublikaner werden sich also erst untereinander auf einen gemeinsamen Mann zu einigen haben und das scheint nicht leicht zu sein. Marschall Juin hat bekanntlich auf Anfrage amerikanischer Journalisten, eine Kandidatur mit einer für die Präsidentschaft verächtlichen Bemerkung abgelehnt.

Persönliche Sympathien spielen hier eine große Rolle. Politische Fraktionsdisziplin ist in Frankreich ohnehin sehr wenig entwickelt und bei den Präsidentschaftswahlen ist damit noch weniger zu rechnen. So hat z.B. der "Rat der Republik", wie der Senat gegenwärtig heißt, einen stark entwickelten Korpsgeist und könnte unter Umständen, über die Parteizugehörigkeiten hinweg, einen Senator oder einen heute noch wenig bekannten Politiker unterstützen. Überraschungen sind nicht ausgeschlossen. "Monde" meint, daß es schließlich auch nicht unmöglich wäre, falls die absolute Mehrheit gefordert, aber von keinem Kandidaten erreicht wird, Vincent Auriol zu ersuchen, noch einmal Präsident der französischen Republik zu werden.

+ + +

Aus sechs mach drei - aber nicht ohne Vernunft

rw - Düsseldorf

Nordrhein-Westfalen besitzt zur Zeit sechs Regierungsbezirke: Aachen an der Grenze zum Westen der kleinste Bezirk, dann Köln, Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Detmold. Das wichtige Ruhrgebiet, industrielles und bevölkerungsmäßiges Kernstück des Landes, wird aus historischen Gegebenheiten heraus von drei Regierungsbezirksgrenzen mitten durchschnitten. Düsseldorf, Arnsberg und Münster teilen sich als Mittelinstanzen in die Verwaltung dieses wichtigen Bezirks. Niemand wird vor allem diese Tatsache als vernünftig und erhaltenswert betrachten.

Im Rahmen der Überlegungen und Bestrebungen zu einer Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen sind nunmehr auch Vorschläge aufgetaucht, wie das Land neu in Regierungsbezirke eingeteilt werden könnte. Als stark im Rennen liegend wird ein Vorschlag angesehen, der das 14-Millionen-Land in drei Regierungsbezirke mit jeweils etwa fünf Millionen Menschen einteilen will: Ein Regierungsbezirk Rheinland soll seinen Sitz in Köln, ein Regierungsbezirk Ruhr seinen Sitz in Essen und ein Regierungsbezirk Westfalen seinen Sitz in Hamm haben. Ein zweiter Plan

fügt diesem Dreiteilungsvorschlag aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen noch einen Grenz-Regierungsbezirk Aachen an. Man will vor allem der an Holland und Belgien abgetretenen deutschen Grenzbevölkerung damit durch die Erhaltung ihres traditionellen Regierungsbezirks zugleich auch das Gefühl der Verbundenheit mit den deutschen Landen erhalten. Zwei weitere Vorschläge, die in der Diskussion stehen, bleiben bei Aachen, Köln und Essen im Westen des Landes, und schon in Westfalen dann entweder zwei Regierungsbezirke Münster und Detmold, oder drei mit Arnsberg, Münster und Detmold vor.

Es fällt bei diesen Vorschlägen zunächst auf, daß in keinem der bisher größte Regierungsbezirk des Landes, Düsseldorf, genannt wird. Der Regierungsbezirk Arnsberg wird nur im letzten Vorschlag, der kaum ernst zu nehmen ist, erwähnt. In Düsseldorf und in Arnsberg amtieren zur Zeit Regierungspräsidenten, die politisch der Sozialdemokratie angehören. Ob sie mit Absicht an den Rand gestellt werden, läßt sich nicht exakt beweisen; es scheint aber in dem allgemeinen Kesseltreiben, das nach der Bundestagswahl gegen sozialdemokratische Positionen eingesetzt hat, mehr als wahrscheinlich.

Rein sachlich wird zu den Überlegungen um die Neubildung der Regierungsbezirke mancherlei noch zu sagen sein. Die Entscheidung über diese wichtige Frage der Zahl und des Umfangs der Mittelinstanzen wird beim Landtag liegen und somit eine Entscheidung der politischen Demokratie sein. Aber eines dürfte bereits heute dazu gesagt werden: Eine Neu-Aufteilung müßte nach vernünftigen Grundsätzen geschehen und dürfte sich auf keinen Fall nach akuten Zweckmäßigkeitsgründen personalpolitischer Art richten. Bedacht werden muß allerdings auch, daß bei einer Dreiteilung des Landes ein einziger Regierungsbezirk in Nordrhein-Westfalen eine Größe hätte, wie sie einigen Ländern der Bundesrepublik entspricht. Das scheint für die besondere Eigenart und die besondere Aufgabenstellung einer Mittelinstanz bereits auf den ersten Blick zuviel. Ein solcher Bereich muß aus vielerlei Gründen überschaubar sein, und eine Regierung scheint gut beraten, die sich nicht nur durch die Einfachheit von Lösungen bestimmen läßt, sondern zugleich auch der Vielfalt des Lebens gerecht zu werden vermag.

---

Verantwortlich: Peter Raunau